

Die EKKJ wird 40!

Jubiläumsanlass am 29. November 2018, im Progr, in Bern



Grusswort der Konferenz für Kinder- und Jugendpolitik anlässlich des 40-jährigen Jubiläums der Eidgenössischen Kommission für Kinder- und Jugendfragen

Von **Andrea Weik**, Leiterin des kantonalen Jugendamtes Bern und Co-Präsidentin der Konferenz für Kinder- und Jugendpolitik

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrter Herr Bundespräsident
Geschätzte Anwesende

Im Namen der Konferenz für Kinder- und Jugendpolitik bedanke ich mich sehr herzlich für die Einladung zu diesem Anlass und die Gelegenheit, einige Worte zum Stand der Dinge in der kantonalen Kinder- und Jugendpolitik anmerken zu dürfen. Was ist kantonale Kinder- und Jugendpolitik über die Erkenntnis hinaus, dass sie als Folge der bundesstaatlichen Kompetenzordnung und föderalistischen Ausgestaltung in der Summe 26 eigene Ausprägungen hat und die Entwicklung und Umsetzung auf Stufe der Kantone höchst unterschiedlich verläuft? Sind Ansätze einer die kantonalen Grenzen übergreifenden eigenständigen Politik und Position zu erkennen?

Erste Schritte dazu sind vorhanden. Anhand der letzten fünf bis zehn Jahren lässt sich nachzeichnen, dass trotz aller Unterschiedlichkeiten allmählich ein gemeinsam geteiltes Verständnis über Begriffe, Aufgaben, Handlungsbedarfe und Gestaltungsoptionen unter den Kantonen wächst. Die Bearbeitung dieses Feldes ist Aufgabe der Konferenz für Kinder- und Jugendpolitik (KKJP), die ich hier vertreten darf. Es handelt sich dabei um ein Fachgremium, das sich aus Vertreterinnen und Vertretern der 26 Kantone zusammensetzt und bei der Konferenz der kantonalen sozialdirektorinnen und -direktoren SODK angegliedert ist. Hervorzuheben ist die ständige Vertretung des Bundes in allen Gremien und Veranstaltungen, womit die KKJP so angelegt ist, dass sie sich auch zu einem wichtigen Organ der horizontalen und vertikalen Koordination und Absprache etablieren kann.

Im 2011, dies darf ruhig als Meilenstein in der Entwicklung einer eigenständigen kantonalen Kinder- und Jugendpolitik bezeichnet werden, haben wir Fachverantwortliche in den Kantonen eine eigene Geschäftsstelle bei der SODK erhalten. Mit dieser Unterstützung können die Hauptziele Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendpolitik, die Umsetzung der Kinderrechte sowie die Koordination unter den Kantonen und mit dem Bund kontinuierlich bearbeitet und weiterverfolgt werden. Verschieden Berichte und Empfehlungen zeugen von diesen Bemühungen um gemeinsame Strategien und Standards.

Auch die Initiativen des Bundes haben zu übergeordneten kantonsübergreifenden Strategien geführt, insbesondere die nationalen Programme oder die Finanzhilfen des

Bundes für Modellprogramme zur Weiterentwicklung der kantonalen Kinder- und Jugendpolitik. Das sind wichtige Impulse, die harmonisierende und Ungleichheit abbauende Effekte haben. Dennoch hält sich das Grundmalaise der Kinder- und Jugendpolitik in der Schweiz zäh und hartnäckig: In welchem Mass Kindern ihre Rechte garantiert werden und sie Förderung und Schutz erfahren, ist höchst unterschiedlich und hängt vom Kanton oder sogar Wohnort ab. Das Gebot der Rechts- und Chancengleichheit wird verletzt. Auch in den Empfehlungen des UNO-Kinderrechtsausschusses an die Schweiz wird 2015 erneut und prominent auf diesen Punkt hingewiesen.

Es führt kein Weg daran vorbei, dass die Diskussion um eine rahmensetzende Ordnung im Bundesstaat wieder aufgenommen bzw. intensiv weitergeführt werden muss. Ich wage die Behauptung, dass die Zeit dafür nicht nur reif ist, sondern der Druck aus der Praxis eine andere Option gar nicht zulässt: Die Anforderungen in diesem komplexen Handlungsfeld Kind und Jugend sind in den letzten Jahren derart rasant gestiegen, dass alle Bemühungen und Fortschritte für eine bessere Koordination und Harmonisierung von den immensen Veränderungen im Praxisfeld Kinder und Jugendliche gleichsam neutralisiert, oft sogar überholt werden. Diese These will ich etwas ausführen.

Die Bedingungen des Aufwachsens von Kindern und Jugendlichen und die Erwartungen der Gesellschaft an die Kinder- und Jugendpolitik haben sich in den letzten Jahren stark gewandelt. Die Kindererziehung ist heute längst keine ausschliessliche private Aufgabe mehr. Erziehung und Betreuung findet zunehmend ausser Haus statt, die öffentliche Verantwortung ist grösser geworden. Gleichzeitig wird von den Eltern eine Erziehungskompetenz abverlangt, die bisweilen schon fast übernatürliche Züge annimmt. Kinder sollen nicht nur gut betreut und erzogen, sondern umfassend gefördert und vor jedwelchen Gefahren beschützt werden. Bald einmal fällt aus dem Raster - Kinder wie Eltern - wer diesen hohen Ansprüchen nicht gerecht werden kann. Ich kann es nicht beweisen, glaube aber, dass es nicht nur an den Kindern und ihren Eltern liegt, wenn beispielsweise eine Beschulung in der Regelklasse nicht möglich ist.

Diese veränderten gesellschaftlichen Rahmenbedingungen haben dazu geführt, dass die Aufgaben der Kinder- und Jugendhilfe in den letzten Jahren erheblich zugenommen haben und deren Angebote immer mehr ausgebaut und ausdifferenziert wurden. Dies zeigt sich etwa im Ausbau der ambulanten sozialpädagogischen Hilfen, der Schulsozialarbeit, der offenen Kinder- und Jugendarbeit und in der ausserfamiliären Kindertagesbetreuung, wo der Bund mit seiner Anschubfinanzierung dazu beigetragen hat, den längst überfälligen Ausbau weiter voranzutreiben.

Die Kinder- und Jugendpolitik hat heute eine Präsenz und Bedeutung erlangt, wie sie sie in früheren Zeiten nie hatte. Kommt dazu, dass die Grenzen der Kinder- und Jugendpolitik unschärfer geworden sind. Sie vermengt sich mit benachbarten Bereichen wie etwa der Schule oder dem Gesundheitswesen. Damit geht als Konsequenz einher, dass die Erwartungen und Anforderungen an uns Fachleute in der Praxis in vielfacher Hinsicht gestiegen sind. Auf allen Ebenen – des Rechts, des Personals, der Finanzen und der Organisation – sind wir gefordert, mit der Entwicklung Schritt zu halten: Stetig müssen neue Konzepte und Instrumente, fachliche Standards, rechtliche Anpassungen, Aufgabenprofile und neue Kooperationsformen erarbeitet und implementiert werden.

Zudem hat die Kinder- und Jugendpolitik den Anspruch, gesellschaftliche Forderungen nicht nur nachzuvollziehen, sondern die Zukunft mitzugestalten. Sie will und muss aus ihrem fachlichen Handlungsfeld heraus Antworten liefern, die sich positiv nicht nur auf heutige, sondern auch künftige Entwicklungen auswirken. Um das Beispiel von oben aufzugreifen: Die Kinder- und Jugendhilfe muss spezialisierte Angebote für Kinder und Jugendliche mit Entwicklungsschwierigkeiten, Migrationshintergrund und Behinderungen vorhalten. Sie muss aber auch der Tendenz entgegenwirken, dass Kinder und Jugendliche aus Regelstrukturen ausgegrenzt werden. Kinder- und Jugendpolitik versteht sich in ihrem Kern als inklusiv. In diesem Sinne würde es sich lohnen, die in unserem deutschen Nachbarsland intensiv geführten Diskussionen um Inklusion der Kinder- und Jugendhilfe aufzugreifen und eine Öffnung und Ausweitung der Angebote für behinderte und gefährdete Kinder und Jugendliche oder solche mit Migrationshintergrund voranzutreiben. Ebenso würde es sich lohnen, die Schnittstellen zur Bildung und insbesondere zur Sonderpädagogik intensiver zu bearbeiten.

In den kommenden Jahren ist davon auszugehen, dass die Bedeutung der Kinder- und Jugendpolitik für die Förderung und Unterstützung von Kindern, Jugendlichen und ihren Familien sowie die Sicherstellung von Chancengleichheit nicht abnimmt, vielleicht sogar noch zunimmt.

Mit der Angebotsausweitung und der damit zusammenhängenden Kostensteigerung erhöht sich selbstredend auch der Legitimationsdruck auf die Kinder- und Jugendhilfe. Zunehmend wird von Seiten der Politik Rechenschaft über die Art der Leistungserbringung, die eingesetzten Mittel sowie der Nachweis der Wirksamkeit der Leistungen verlangt. Diesen Forderungen darf sich die Kinder- und Jugendpolitik nicht verschliessen, sondern muss selbstbewusst und offensiv auftreten.

Um Transparenz über Aufgaben, Leistungen und Kosten herstellen zu können, braucht es erstens verlässliche Daten und Informationen. Die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe stellen von dieser Regel keine Ausnahme dar. Nur eine sorgfältige Datenerhebung mit entsprechender Auswertung eröffnet die Möglichkeit zur Erklärung von Trends, zur Identifizierung von Einflussfaktoren auf Bedarfslagen sowie zur Entwicklung und Evaluation von Planungs-, Kosten- und Steuerungsstrategien. Das heisst, es müssen zweitens Steuerungs- und Planungsstrategien zur Angebotsentwicklung realisiert werden. Zielsetzung der Steuerung und Planung ist, qualitativ sowie quantitativ bedarfsgerechte Angebote rechtzeitig und ausreichend zur Verfügung zu stellen, um positive Lebensbedingungen für Kinder und ihre Familien zu schaffen oder zu erhalten. Eine Überversorgung von Angeboten ist aus finanzieller Sicht unerwünscht, eine Unterversorgung aus fachlicher. Steuerung und Planung sind aufwändige ressourcenintensive Prozesse und Systeme, die breit angelegt sein müssen. Steuerung und Planung darf nicht eindimensional von oben passieren. Die vielfältigen und unterschiedlichen Akteure müssen in partizipativer Art und Weise eingebunden werden. Zudem sind es Prozesse, die kantonsübergreifend koordiniert werden müssen.

Daneben müssen wir drittens die Wirkungsmessung verstärkt in den Blick nehmen. Gerade die neueren Konzepte, etwa der Sozialraumorientierung oder Bindungs- und Traumapädagogik, müssten noch vermehrt auf ihre Wirkung überprüft und in die Praxis transferiert werden.

Diese in vielerlei Hinsicht gestiegenen Anforderungen auf fachlicher operativer Ebene kontrastieren mit den Sparpaketen der Kantone, die auch die Kinder- und Jugendpolitik treffen. Immer mehr fehlen Zeit und Ressourcen, um die Entwicklungen zu reflektieren und die fachlich nötigen Aufgaben umzusetzen. Der Leistungs- und Qualitätsabbau trifft nicht nur die Verwaltung, sondern insbesondere auch die Fachkräfte vor Ort. Die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen ist in erster Linie Beziehungsarbeit, und die braucht Zeit. Um es, leicht abgewandelt, in den Worten von Karl Valentin zu sagen. Kinder- und Jugendpolitik ist schön, macht aber viel Arbeit. Zu viele Abstriche an der Beziehungsarbeit sind frustrierend, Gefühle von Ohnmacht und Demotivation nehmen zu. Ich will nicht schwarzmalen, aber Fachkräftemangel und häufige Fluktuation sind Erscheinungen, die Sorge bereiten.

Die Gestaltung der Kinder- und Jugendhilfe mit ihren grossen Herausforderungen auf der einen Seite und die finanziellen Probleme vieler Kantone auf der anderen Seite führen uns die Grenzen unserer heutigen heterogenen und fragmentierten Struktur im Bundesstaat deutlich vor Augen. Wir müssen uns dringend überlegen, wie wir das System für die Zukunft fit machen, damit nicht ebenso ungesteuert wie zuvor der Ausbau ein Abbau der Leistungen erfolgt. Auch die finanziellen Anreize und Programme des Bundes, so willkommen sie sind, sind in ihrer Wirkung für eine nachhaltige Sicherung der Grundversorgung nur begrenzt.

Vor diesem Hintergrund ist, wie eingangs festgestellt, die Zeit mehr als reif, um den Dialog für eine rahmensetzende Ordnung wieder aufzugreifen. Bund, Kantone und Gemeinden sind aufgefordert, **gemeinsam** Grundsätze der Organisation und Finanzierung, qualitative Standards und Mindestvorgaben für Schutz, Förderung und Mitwirkung von Kindern und Jugendlichen zu entwickeln. Im Sinne des Prinzips „structure follows process“ kann dabei die Frage, ob eine Verfassungsgrundlage und Rahmengesetzgebung das richtige Mittel ist, vorerst zurückgestellt werden. Ein runder Tisch wäre eine Möglichkeit, diesen Prozess anzuregen, andere Formen der tripartiten Zusammenarbeit sind ebenfalls denkbar. Die Modelle der tripartiten Zusammenarbeit in der Agglomerationspolitik können durchaus als Vorbild dienen. Auch die EKKJ hat in ihrer Stellungnahme zur Pa. IV. Verfassungsgrundlage für ein Bundesgesetz richtigerweise auf die Regulierungskompetenz in der Raumplanung verwiesen.

Auf alle Fälle ist die Konferenz für Kinder- und Jugendpolitik bereit, ihre Verantwortung in diesem Dialog wahrzunehmen und ihren Beitrag für eine zeitgemässe, moderne und dynamische Kinder- und Jugendpolitik zu leisten.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.